

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 52 (1972-1973)
Heft: 8

Artikel: Das internationale System an der Wende?
Autor: Morgenthau, Hans J.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-162774>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 17.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Das internationale System an der Wende?

Dreieck Moskau–Washington–Peking: Machiavelli am Zug?

Die Frage nach Veränderungen, die sich im System der internationalen Beziehungen in der unmittelbaren Zukunft ergeben könnten, verlangt nach einer Bestandsaufnahme der gegenwärtigen Situation: Noch immer gibt es erst zwei nukleare Grossmächte, die sich gegenseitig vernichten können; gegenüber den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion bleibt China vorläufig eine zweitrangige Macht, die jedoch die dritte Position im nuklearen Kräftekomplex anstrebt. Es ist gerade die relative Schwäche Chinas, die eine neue Entwicklung bewirkt hat, ohne allerdings die bipolare Struktur der internationalen Beziehungen in Frage zu stellen.

Tschou En-lai, der wohl als der intelligenteste Staatsmann unseres Zeitalters gelten darf, ist sich selbstverständlich über Chinas ungleiche Stellung gegenüber den beiden Supermächten im klaren. Er weiss auch, dass viele massgebende Politiker und Akademiker in der UdSSR einen Krieg mit China für unvermeidlich halten. So muss er sich fragen, wie Chinas Position gegenüber der Sowjetunion gehoben werden kann, und er findet die Antwort in einer Normalisierung der Beziehungen zwischen den USA und China. Damit wird auf die klassische Gleichgewichtskonstellation abgezielt, die dem Historiker geläufig und bereits von Machiavelli in seinem «Il principe» analysiert worden ist. Chinas Absicht, die Russen durch eine chinafreundliche Haltung der Vereinigten Staaten einzuschüchtern, ist allerdings eine «diplomacy of bluff»: Wenn ein Krieg zwischen der Sowjetunion und China ausbrechen sollte, würden die USA den Chinesen vielleicht Kriegsmaterial liefern, jedoch nicht selber in Kriegshandlungen gegen Russland eintreten. Das wissen die Russen ebensogut wie die Amerikaner. Aber die Russen sind seit langem von der Furcht vor einer gegen sie gerichteten Verschwörung zwischen den USA und China besessen. So wurde ich im Sommer 1964 von einem prominenten Russen unerwartet gefragt, ob die Vereinigten Staaten nach den Präsidentschaftswahlen eine gemeinsame Politik mit China gegen die Sowjetunion anstreben würden: Was damals auf amerikanischer Seite als Utopie erschien, hat sich jetzt in den Augen der Russen scheinbar beweiskräftig verdichtet, so dass ihre Bedenken wachsen. Es ist aber nochmals einschränkend zu bemerken, dass diese Annäherung

zwischen den USA und China die globale Machtverteilung nicht beeinflusst.

Ambivalente Rolle Japans

China ist den beiden Supermächten noch nicht ebenbürtig – ebensowenig ist es Japan. Zwar wird dieses Land in den USA jetzt oft als eine Grossmacht angesprochen, die ebenso wie China oder die Bundesrepublik Deutschland oder ein vereinigtes Europa eine entscheidende Rolle spielen könnte. Darin liegt eine Fehleinschätzung: Japan kann den beiden führenden Nuklearmächten nicht die Stirn bieten und bleibt damit der Vernichtung durch nukleare Waffen ausgesetzt – wobei es wegen seiner geographischen Struktur mit seinen industriellen Ballungszentren besonders gefährdet ist. In einer ähnlichen Lage sieht sich Grossbritannien: Es hat sich zwar entschlossen, einige nukleare Waffen anzuschaffen, kann jedoch damit seine geographischen Nachteile nicht kompensieren.

Der allgemeine Sachverhalt lässt sich so umschreiben: Wenn die japanische, die britische oder die französische Regierung der Sowjetunion mit Atomwaffen drohen würden, wären vielleicht drei russische Städte oder Industriezentren gefährdet – der Gegenschlag der UdSSR jedoch würde für die angreifende zweitrangige Nuklearmacht totale Vernichtung bedeuten.

Diese Asymmetrie der Drohungen wird im Falle Japans allerdings durch dessen enorme industrielle und technologische Kapazität gemildert: Sie bewirkt ein komplementäres Verhältnis zwischen Japan auf der einen, der Sowjetunion und China auf der andern Seite. Die beiden letztgenannten Staaten sind in bestimmten Sektoren, wenn auch in unterschiedlichem Mass, unterentwickelt: Durch ein Arrangement mit Japan, das auf Exporte angewiesen ist, können sie ihre industrielle und technische Position verbessern. Diese konvergierenden Interessen werden vermutlich die Aussenpolitik der drei Staaten künftig weitgehend beeinflussen.

«Sicherheitspolitik» auf Kosten Europas

In einem ähnlichen Verhältnis steht die Sowjetunion zu Europa. Hier drängen sich einige kritische Bemerkungen über die vor allem von den Russen angestrebte Sicherheitskonferenz auf. Die UdSSR hat grösstes Interesse an schwachen Staaten und Staatengemeinschaften im Westen; eine aggressive Bundesrepublik, die sich mit den Vereinigten Staaten verbündet, ist für die Kremlführer ein Alptraum. So würde die Sicherheit der Sowjet-

union durch einen Rückzug der Amerikaner aus Europa sehr gefördert. Wenn jedoch die USA ihr Engagement in Westeuropa auflösen oder auch nur vermindern, wird die NATO zu einer leeren Hülle ohne politische und militärische Dynamik – zu einer kraftlosen Institution ähnlich derjenigen des Heiligen Römischen Reiches im 18. Jahrhundert. Zudem, und das wiegt am schwersten, würde dadurch die Bundesrepublik in eine gefährlich isolierte Stellung geraten.

Diese Prognosen entspringen keinerlei spekulativem Denken: Chruschtschow, der ein intelligenter und relativ offener Politiker war, hat mehrfach in privater Diskussion – so auch gegenüber Paul-Henri Spaak – geäußert, ein zweites «Rapallo», eine zweite Annäherung oder gar ein Bündnis zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion sei unvermeidlich, wobei er rhetorisch meinte, diese Entwicklung würde wohl erst unter dem Nachfolger seines Nachfolgers eingeleitet werden. Diese Prophezeiung ist mit Vorsicht aufzunehmen – immerhin müssen die weitergreifenden Interessen der UdSSR im Auge behalten werden.

Die neue Politik der UdSSR, die sogenannte «Sicherheitspolitik», ist möglich geworden durch die Liquidierung der territorialen Erbschaft des Zweiten Weltkriegs, die kürzlich mit der Ratifikation der Verträge zwischen der Bundesrepublik auf der einen, Polen und der Sowjetunion auf der andern Seite vollzogen worden ist. Diese Verträge besitzen tatsächlich den Wert eines Friedensvertrags, der, durch den Kalten Krieg verhindert, erst jetzt, 27 Jahre nach dem Ende des Weltkriegs, abgeschlossen werden konnte.

Auf dieser Basis werden sich neue Entwicklungen anbahnen, über die man wiederum spekulieren könnte. Dabei ist es höchst unwahrscheinlich, dass die Bundesrepublik eine neue Supermacht werden wird: Sowohl Deutschland wie die übrigen Staaten der europäischen Gemeinschaft werden aus nuklear-geographischen Gründen kaum zu einer entscheidend wichtigen Rolle in der Weltpolitik gelangen.

Auch aus der europäischen Perspektive lässt sich also feststellen, dass sich die Struktur der Weltpolitik im ganzen nicht geändert hat – was sich geändert hat, ist die Erweiterung des Spielraums für gewisse Staaten, die auf der konventionellen Ebene eine unabhängigere Politik verfolgen können. Das gilt sowohl für China und Japan wie für die Bundesrepublik. Dasselbe komplementäre Verhältnis, das sich zwischen Japan einerseits, China und der Sowjetunion andererseits beobachten lässt, existiert auch zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion. Die UdSSR ist, wie bereits angetönt, in gewissen Sektoren modern und fortschrittlich, in andern jedoch unterentwickelt. Die technologisch und industriell hochentwickelte Bundesrepublik, die zwar nicht im selben Mass wie Japan auf Exporte ange-

wiesen ist, jedoch auch exportieren muss, wenn sie ihre sozialen und wirtschaftlichen Errungenschaften aufrechterhalten will, sucht hier wirtschaftliche Beziehungen: Deutschlands Blickrichtung nach Russland (die derjenigen nach dem Ersten Weltkrieg gleicht) kann nicht nur wirtschaftliche, sondern auch neue politische und militärische Kombinationen bewirken. Amerika tut gut daran, die Möglichkeit solcher Kombinationen nicht aus dem Auge zu verlieren.

SALT ist keine Wende

Eine neue Entwicklung hat sich auf dem Gebiet, das ausschlaggebend ist sowohl für die Zukunft der USA und der UdSSR wie der Menschheit überhaupt – auf dem Gebiet der atomaren Bewaffnung, angebahnt. Die Ergebnisse der SALT-Vereinbarung sind in ihrem Realitätswert teils sehr zweifelhaft, teils sehr bedeutsam. Das wichtigste Ergebnis liegt in der gegenseitigen Einsicht, dass Defensivraketen und Systeme von Defensivraketen nutzlos sind. Die zweihundert Defensivraketen, die sich die beiden Supermächte gegenseitig zugebilligt haben, besitzen Prestigewert, haben jedoch nichts mit militärischer Wirksamkeit zu tun.

Die Einsicht, dass es keine Verteidigung gegen atomare Raketen gibt, ist von grösster Wichtigkeit für die künftige qualitative und quantitative Entwicklung der atomaren Offensivwaffen. Eine gegenteilige Vereinbarung hätte unweigerlich ein ungeheures Stimulans für die weitere Spiralbewegung in der nuklearen Konkurrenz bedeutet. Ein nukleares Abwehrsystem kann nur durch eine Steigerung des Potentials an offensiven Raketen durchbrochen werden. Mit dem Verzicht auf derartige Verteidigungssysteme ist eine drastische Eskalation in der Produktion nuklearer Offensivwaffen ausgeschaltet. Das andere Ergebnis: die gegenseitige Kontrolle der Entwicklung nuklearer Angriffswaffen, scheint mir dagegen zweifelhaft. Effektiv haben die beiden Mächte sich dahin geeinigt, die auf dem Festland stationierten Raketen abzubauen und das Schwergewicht auf die Raketen, die vom Meer aus abgefeuert werden, zu verlegen – eine Regulierung der atomaren Konkurrenz also, die beiden Seiten das zuspricht, was diese ohnehin angestrebt hätten. Eine Limitation im eigentlichen Wortsinn ist es nicht. Eine echte Kontrolle ist heute ohnehin äusserst erschwert: Wenn man bis 1968/69 das Atomwaffenpotential der Russen abschätzen konnte, so ist das heute deshalb fast unmöglich geworden, weil eine Rakete jetzt bis zu fünfzehn Sprengköpfe enthalten kann, die im fotografischen Beweismaterial jedoch nicht festzustellen sind. Diese Unsicherheit verhindert eine grundsätzliche Änderung im nuklearen Wettbewerb.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass durch die SALT-Vereinbarung eine gigantische Weiterentwicklung der nuklearen Waffen eliminiert und gleichzeitig das Schwergewicht vom Land zum Meer verschoben worden ist. Die beiden Supermächte folgen darin der technologischen Entwicklung und haben vereinbart, gewisse Grenzen innerhalb dieser Entwicklung einzuhalten. Das ist besser als nichts – aber es ist kein entscheidender Durchbruch für eine wirksame Waffenkontrolle oder gar eine Abrüstung. Auch in diesem Bereich lässt sich somit eine wichtige, jedoch keine strukturelle Veränderung feststellen.

Globalperspektiven: China als Schlüssel

Damit wird das Bild, das wir uns von den internationalen Beziehungen seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs geformt haben, bestätigt: Gewisse sekundäre Veränderungen haben sich angebahnt, vielleicht werden wichtigere folgen. Die Struktur der internationalen Beziehungen und die globale Machtverteilung haben sich jedoch bis heute nicht geändert. Im Blick auf die Zukunft ist es allerdings möglich, dass China eine Grossmacht werden wird, vergleichbar mit der heutigen Stellung der USA und der UdSSR. Vielleicht ist sogar anzunehmen, dass China die heutigen Supermächte überragen wird – wenn man sich das Bild Chinas mit seiner quasi-kontinentalen Struktur, mit seinen 800 bis 900 Millionen Einwohnern, die sich dann im vollen Besitz der modernen technologischen und industriellen Mittel auf dem Gebiet der Atombewaffnung, des Transports und der Kommunikation befinden, ausmalt: China müsste dann wohl als eine Super-Super-Macht bezeichnet werden. Wenn dies eintreten sollte, würde die Zukunft der Menschheit entscheidend davon abhängen, mit welchem Grad von Rationalität sich die chinesische Regierung dieser Machtfülle bedient. Die Regierungen in den USA und der Sowjetunion haben bisher in der Behandlung der nuklearen Waffen eine grosse Rationalität gezeigt: Solange diese bipolare Situation mit zwei Regierungen, die sich gegenseitig fürchten und verantwortungsbewusst sind, anhält, braucht man sich um das Überleben der Menschheit nicht allzu grosse Sorgen zu machen.

Anders wird es sein, wenn eine tripolare Situation durch den Hinzutritt Chinas entsteht, das für viele Jahrhunderte einen ungeheuren Ethnozentrismus betrieben und sich für das einzige Imperium der Welt gehalten und infolgedessen grosse Schwierigkeiten gehabt hat, sich auf der Basis der Gleichheit mit andern Staaten in Verbindung zu setzen. Dieses China, zur Grossmacht aufgestiegen und mit nuklearer Macht ausgestattet, könnte der Menschheit tatsächlich gefährlich werden. Es ist andererseits durchaus

möglich und auch anzunehmen, dass ein Mann wie Tschou En-lai intelligent und rational genug eingestellt ist, um zu erkennen, dass sich nukleare Waffen qualitativ grundlegend von konventionellen Waffen unterscheiden, dass jene nicht mehr als ein Mittel zur Durchsetzung politischer Ambitionen, sondern als eine total zerstörerische Macht, die potentiell und aktuell nicht begrenzt werden kann, gelten müssen.

So ist es denkbar, dass eine künftige chinesische Regierung ebenso vernunftbetont mit ihren Atomwaffen umgeht, wie es die Regierungen der UdSSR und der USA bisher getan haben. Es entstünde damit eine tripolare Situation, die komplizierter als die gegenwärtige, von dieser jedoch nicht grundverschieden wäre. Gleichzeitig erhielten die sekundären Grossmächte wie Japan, die Bundesrepublik und andere Staaten eine erhöhte Mobilität – eine Entwicklung, die sich heute schon abzeichnet und in unmittelbarer Zukunft deutlicher werden würde. So wird bei nüchterner und kritischer Betrachtung der politischen Gegenwart ein weniger dramatisches Bild gewonnen, als es oft in den Äusserungen von Regierungen und Kolumnisten erscheint.

Nach einer Gastvorlesung, gehalten am 14. Juni 1972 auf Einladung der Philosophischen Fakultät I der Universität Zürich.

JÖRG THALMANN

Radikaler Liberalismus gesucht

Die Liberalen, die diese Monatsschrift tragen und möglicherweise auch lesen, seien gewarnt: Hier schreibt einer, der mit dem Liberalismus abrechnen möchte. Abrechnen, das sei begütigend hinzugefügt, um ihn zu retten; denn nur so, scheint es, kann er gerettet werden. Es ist aber auch nötig, ihn zu retten, sonst könnten wir in einer totalitären Zukunft landen und dies, was besonders gefährlich ist, aus den ehrbarsten Motiven heraus.

Der Versuch ist nicht der erste. Hermann Flach in Deutschland, Jürg Tobler in der Schweiz haben schon in gleicher Richtung geschrieben, und unter jüngeren Liberalen beginnt ein progressiver Liberalismus geradezu Mode zu werden.